



In den frühen Morgenstunden des 28. Februar 2026 haben die Vereinigten Staaten und Israel einen koordinierten Militärschlag gegen Ziele im Iran begonnen. Mehrere Explosionen erschütterten die Hauptstadt Teheran, auch aus Isfahan, Qom und Karadsch wurden Detonationen gemeldet. Die Operation markiert eine neue Stufe in einem seit Jahren schwelenden Konflikt – und sie birgt das Potenzial, die sicherheitspolitische Ordnung im Nahen Osten nachhaltig zu verändern.

Nach offiziellen Angaben aus Jerusalem und Washington richteten sich die Angriffe gegen militärische Infrastruktur, insbesondere gegen Einrichtungen des Raketen- und Nuklearprogramms. Israels Verteidigungsminister sprach von einem „präventiven Schlag“, der eine existenzielle Bedrohung abwenden solle. US-Präsident **Donald Trump** bestätigte die Beteiligung amerikanischer Streitkräfte aus der Luft und vom Meer aus und bezeichnete die Operation als „große Kampfoperation“.

In Teheran erklärte ein Regierungsvertreter, Revolutionsführer **Ali Chamenei** befinde sich an einem sicheren Ort. Verlässliche Angaben zu Opfern oder Schäden lagen zunächst nicht vor.

Militärische Zielsetzung und strategische Kalküle

Aus israelischer Sicht steht seit Jahren das iranische Nuklearprogramm im Zentrum sicherheitspolitischer Alarmbereitschaft. Der Iran betont, sein Atomprogramm diene ausschließlich zivilen Zwecken. Israel hingegen verweist auf die fortgeschrittene Urananreicherung und auf das wachsende Arsenal ballistischer Raketen, das inzwischen große Teile des israelischen Staatsgebiets erreichen kann.

Die nun gestartete Offensive – in westlichen Medien unter Bezeichnungen wie „Operation Shield of Judah“ oder „Operation Epic Fury“ geführt – soll nach Darstellung der beteiligten Regierungen gezielt militärische Kapazitäten zerstören: Raketenbasen, Forschungszentren, Kommandoeinrichtungen. Die strategische Logik folgt dem Muster früherer Präventivschläge Israels gegen mutmaßliche Nuklearprojekte in der Region, etwa im Irak 1981 oder in Syrien 2007.

Anders als damals handelt es sich diesmal jedoch um eine offen koordinierte Aktion mit den Vereinigten Staaten. Das verändert die politische Dimension erheblich. Während frühere Schläge punktuell und unilateral waren, trägt die jetzige Operation den Charakter einer gemeinsamen militärischen Kampagne zweier Staaten gegen einen regionalen Akteur.



Vorgeschichte: Ein Jahrzehnt der Erosion

Die jetzige Eskalation ist nicht isoliert zu betrachten. Sie steht am Ende eines schrittweisen Zerfalls diplomatischer Arrangements, die seit dem Atomabkommen von 2015 mühsam aufgebaut worden waren. Nach dem amerikanischen Ausstieg aus dem Abkommen 2018 verschärften sich die Spannungen kontinuierlich. Sanktionen, verdeckte Operationen, Cyberangriffe und gezielte Tötungen prägten das Verhältnis zwischen Washington, Jerusalem und Teheran.

Im Verlauf des Jahres 2025 kam es bereits zu einer kurzen, aber intensiven Phase direkter militärischer Konfrontationen zwischen Israel und Iran. Damals beschränkten sich die Angriffe jedoch auf begrenzte Ziele und blieben unterhalb der Schwelle einer offenen Kriegsführung. Parallel dazu liefen in Genf indirekte Gespräche zwischen amerikanischen und iranischen Vertretern, die eine Begrenzung der Urananreicherung und eine Lockerung von Sanktionen sondieren sollten. Diese Verhandlungen blieben ohne Durchbruch.

Die nun erfolgten Angriffe deuten darauf hin, dass in Washington und Jerusalem die Einschätzung vorherrscht, diplomatische Mittel hätten ihre Wirkungsmacht verloren – oder reichten nicht mehr aus, um eine aus ihrer Sicht kritische Phase im iranischen Nuklearprogramm zu verhindern.

Irans Reaktionsoptionen

Teheran kündigte umgehend eine „massive Antwort“ an. Bereits wenige Stunden nach Beginn der Angriffe wurden Raketen- und Drohnenstarts gemeldet, Sirenen heulten in Tel Aviv, Luftabwehrsysteme wurden aktiviert. Israel verhängte den Ausnahmezustand und schloss zeitweise seinen Luftraum.

Iran verfügt über mehrere Eskalationsoptionen: direkte Raketenangriffe auf israelisches Territorium, Angriffe auf US-Stützpunkte in der Region oder eine Ausweitung asymmetrischer Operationen über verbündete Milizen im Libanon, in Syrien, im Irak oder im Jemen. Besonders die Rolle nichtstaatlicher Akteure – etwa schiitischer Milizen oder der Hisbollah – könnte den Konflikt regionalisieren und schwer kontrollierbar machen.

Zudem bleibt die strategische Frage offen, ob der Iran sein Nuklearprogramm nun beschleunigt, um eine faktische Abschreckungsschwelle zu erreichen. Historische Erfahrungen zeigen, dass militärischer Druck nukleare Ambitionen nicht zwingend beendet,



sondern unter Umständen verstärkt.

Regionale und globale Verwerfungen

Die unmittelbaren geopolitischen Folgen sind beträchtlich. Mehrere Staaten riefen zur Deeskalation auf, andere betonten das Recht auf Selbstverteidigung. In den Golfstaaten wächst die Sorge, zwischen die Fronten zu geraten. Russland und China beobachten die Entwicklung mit strategischem Interesse: Beide unterhalten enge Beziehungen zu Teheran und sehen in einer Schwächung des Iran zugleich eine Verschiebung regionaler Machtbalancen.

Auch ökonomisch sind die Auswirkungen spürbar. Der Iran liegt an einer neuralgischen Stelle des globalen Energiemarkts. Eine Ausweitung der Kampfhandlungen, etwa durch Bedrohungen der Schifffahrt in der Straße von Hormus, könnte erhebliche Preissteigerungen bei Öl und Gas nach sich ziehen. Bereits kurzfristige Unsicherheiten schlagen erfahrungsgemäß auf Finanzmärkte durch – von Energiepreisen bis zu Risikoprämien für Staatsanleihen.

Für Europa bedeutet die Eskalation eine doppelte Herausforderung: sicherheitspolitisch durch mögliche Destabilisierung der südlichen Nachbarschaft, wirtschaftlich durch Energiepreisrisiken und potenzielle neue Migrationsbewegungen. Die Europäische Union steht damit vor der Aufgabe, diplomatische Kanäle offenzuhalten, ohne die transatlantische Geschlossenheit infrage zu stellen.

Völkerrechtliche und politische Dimension

Völkerrechtlich ist die Lage umstritten. Präventive Selbstverteidigung wird in der internationalen Rechtsordnung eng ausgelegt. Während Israel und die USA argumentieren, sie hätten einer unmittelbar drohenden Gefahr begegnet, sehen Kritiker in dem Angriff eine Verletzung der staatlichen Souveränität Irans.

Die politische Bewertung hängt wesentlich von der Frage ab, wie weit fortgeschritten das iranische Nuklearprogramm tatsächlich war und ob eine akute Bedrohung bestand. Ohne transparente, überprüfbare Informationen bleibt diese Frage Gegenstand politischer Interpretation.



Washington und Jerusalem greifen Iran an – Eskalation mit unkalkulierbaren Folgen

Die Geschichte des Nahen Ostens lehrt, dass militärische Interventionen selten isolierte Ereignisse bleiben. Sie entfalten Dynamiken, die sich der ursprünglichen Planung entziehen können. Je länger die Kampfhandlungen andauern, desto größer wird das Risiko einer regionalen Kettenreaktion.

Ob die Operation vom 28. Februar 2026 als begrenzter Präventivschlag oder als Auftakt zu einer breiteren militärischen Auseinandersetzung in die Geschichtsbücher eingehen wird, hängt von den kommenden Tagen ab. Diplomatische Initiativen könnten die Spirale der Gewalt abbremsen – oder aber die Logik der Abschreckung setzt sich durch und verfestigt eine neue Phase offener Konfrontation im Nahen Osten.

Autor: Andreas M. Brucker